

Städteverband Schleswig-Holstein – Reventloulallee 6 – 24105 Kiel

FDP-Fraktion im  
Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
Herrn Günther Hildebrand  
Landeshaus  
24171 Kiel

Tel. 0431 - 57 00 50 30  
Fax: 0431 - 57 00 50 35  
e-mail: [info@staedteverband-sh.de](mailto:info@staedteverband-sh.de)  
Internet: [www.staedteverband-sh.de](http://www.staedteverband-sh.de)

per E-Mail: [Klaus.Weber@fdp.ltsh.de](mailto:Klaus.Weber@fdp.ltsh.de)

Unser Zeichen: 51.51.34 mx-zö  
(bei Antwort bitte angeben)

15. Juni 2010

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes**  
**Drucksache 17/610**

Sehr geehrter Herr Hildebrand,

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion von CDU und FDP zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes nimmt der Städteverband Schleswig-Holstein wie folgt Stellung:

- 1.) Wenn es denn politisch gewollt ist, das beitragsfreie Kindergartenjahr im letzten Jahr vor Schuleintritt eines Kindes nicht weiterzuführen, muss die Entscheidung des Landtags noch in dieser Sitzungswoche erfolgen, um so den Trägern der Kindertageseinrichtungen die Möglichkeit zu geben, rechtzeitig wieder Beitragsverfahren zum 01.08.2010 einzuleiten.
- 2.) Trotz des Bekenntnisses des Landes zur Verbesserung der Bildungschancen unserer Kinder als Schwerpunkt der Landespolitik wird ab 2011 ein Betrag von 35 Mio. Euro jährlich hierfür nicht weiter zur Verfügung gestellt. Die in Aussicht gestellte Erhöhung der pauschalen Betriebskostenförderung um 10 Mio. Euro jährlich kompensiert die tatsächlichen Kostensteigerungen nur unzureichend. Eine Erhöhung des Finanzierungsanteils als Ausgleich der entfallenden Landesmittel im System frühkindlicher Bildung und Betreuung in 2010 in Höhe von fünf Zwölftel der 35 Mio. Euro (Zeitraum August bis Dezember 2010) ist gar nicht vorgesehen.
- 3.) Wir erwarten darüber hinaus, dass die Erhöhung der Betriebskostenförderung ohne Bedingungen erfolgt.
- 4.) Innerhalb der kommunalen Familie wurde in Erwartung der dauerhaften Durchführung dieser Bestimmungen zum Teil Personal rekrutiert, das den mit der Durchführung des beitragsfreien Kindergartenjahres erhöhten Verwaltungsaufwand leisten musste. Dabei handelt es sich teilweise auch um unbefristete Stellen, so dass eine Einstellung des beitragsfreien Kindergartenjahres aus diesem Aspekt kritisch gesehen wird.

Mit freundlichen Grüßen

  
Jochen von Allwörden